

Heinz-Gerhard Justenhoven [Hrsg.]

# Kampf um die Ukraine

Ringen um Selbstbestimmung und  
geopolitische Interessen



Nomos



Aschendorff  
Verlag

Das *Institut für Theologie und Frieden* hat die Aufgabe, die ethischen Grundlagen menschlicher Friedensordnung zu erforschen und in den aktuellen friedenspolitischen Diskurs hineinzutragen. Mit den „Studien zur Friedensethik“ wird eine friedensethische Vertiefung der außen- und sicherheitspolitischen Debatte angestrebt. Dabei geht es letztlich um die Frage: Durch welche Politik wird den heute von Gewalt, Armut und Unfreiheit bedrohten Menschen am besten geholfen und zugleich der Errichtung einer zukünftigen friedlichen internationalen Ordnung gedient, in der Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte für alle gewährleistet werden?

## **Studien zur Friedensethik Studies on Peace Ethics**

herausgegeben von  
Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven  
Dr. Bernhard Koch

Band 61

Heinz-Gerhard Justenhoven [Hrsg.]

# Kampf um die Ukraine

Ringen um Selbstbestimmung und  
geopolitische Interessen



**Nomos**



**Aschendorff**  
Verlag

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung  
der Herzog Erik von Arenberg Stiftung, Düsseldorf.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN978-3-8487-4078-9 (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, Print)  
ISBN 978-3-8452-8387-6 (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, ePDF)

ISBN 978-3-402-11722-4 (Aschendorff Verlag, Münster, Print)  
ISBN 978-3-402-11723-1 (Aschendorff Verlag, Münster, ePDF)

Die Schriftenreihen ‚Beiträge zur Friedensethik‘ und ‚Theologie und Frieden‘ sind  
jeweils bis Band 44 beim Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, erschienen.

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte,  
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der  
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

# Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung: Ukrainisches Ringen um Selbstbestimmung  
und seine (geo-)politische Instrumentalisierung 7

## I. Ringen um individuelle und politische Selbstbestimmung

Ukrainian National Identity in Transition:  
Geopolitics and Values 17  
*Maryana Hnyp*

Unterschiedliche Geschichtsnarrative zur Ukraine im Kontext  
der aktuellen Krise 35  
*Frank Golczewski*

## II. (Geo-)politische Perspektiven und Interessen

Russkij Mir und Novorossija. Theologische und nationalistische  
Konzepte russischer (Außen-)Politik 63  
*Oleksandr Zabirko*

Einkreisung durch den Westen? Russische Wahrnehmung  
westlicher Sicherheitspolitik 79  
*Vladislav Belov*

*Inhaltsverzeichnis*

Amerikanische Russlandpolitik und europäische  
Friedensordnung vor dem Hintergrund der Ukraine Krise.  
Dominanz qua Geopolitik 89

*August Pradetto*

Amerikanische Russlandpolitik und europäische  
Sicherheitsordnung 115

*Peter Rudolf*

Migration und Souveränität in der Krise – Litauische und  
belarussische Wahrnehmungen des Kriegs in der Ukraine 131

*Felix Ackermann*

Russische Aggression gegen die Ukraine. Folgen für die  
Sicherheitslage aus polnischer Sicht 149

*Marek Cichocki*

III. Wege aus der Krise?

Rolle und Perspektiven der OSZE zur Überwindung der  
Eskalation 163

*Wolfgang Zellner*

Europa darf die Grundprinzipien der europäischen  
Sicherheitsordnung nicht preisgeben 181

*Jana Puglierin*

Der Ukraine-Konflikt und das Völkerrecht. Wie gelingt die  
Rückkehr zu einem völkerrechtskonformen Zustand? 191

*Stefan Oeter*

Autoren 235

## Zur Einführung: Ukrainisches Ringen um Selbstbestimmung und seine (geo-)politische Instrumentalisierung

In der politischen und militärischen Auseinandersetzung in und um die Ukraine geht es weder einzig um die politisch-gesellschaftliche Ausrichtung eines post-sowjetischen Landes, noch nur um einen geostrategischen Kampf zwischen Russland und dem Westen. Vielmehr ist das Ringen auf beiden Ebenen ineinander verwoben und verstärkt sich wechselseitig.

Zuerst einmal ist der innerukrainische Konflikt um die Ausrichtung von Staat und Gesellschaft zu sehen. Die Auseinandersetzung um Autonomie und politische Selbstbestimmung geht quer durch die ukrainische Gesellschaft. Sie ist zugleich auch der Kampf gegen die Herrschaft der Oligarchen und um politische sowie ökonomische Partizipation. Dieser innerukrainische Konflikt wurde sowohl vom Westen – EU und USA – als auch von Russland als die jeweils eigenen Werte und Interessen tangierend angesehen. Folgerichtig unterstützten beide jeweils entgegengesetzte Seiten der innerukrainischen Konfliktparteien: Die EU und USA stellten sich auf die Seite der Maidan-Demonstranten, Russland hinter die Regierung Janukowitsch. Auf diese Weise ist aus dem innerukrainischen Antagonismus verschiedener gesellschaftlicher Ordnungsmodelle zugleich eine geostrategische Auseinandersetzung geworden, in der die auswärtigen Mächte den Ausgang des innerukrainischen Ringens in ihrem Sinn zu beeinflussen suchen.

Den Aufstand des Volkes auf dem Maidan in Kiew versteht *Maryanna Hnyp* als „Revolution der Würde“, als Protest gegen die Zerstörung der Würde des ukrainischen Volkes durch seine Regierung und die sie tragende Oligarchie. Dabei ging es nicht nur – ja nicht einmal primär – um Fragen der (Un-)Gerechtigkeit, auch wenn die Kleptokratie und Korruption immer größere Blüten getrieben hat. Zuerst ging es auf dem Maidan um den Protest gegen eine Regierung und Oligarchie, die das Volk als eine Masse ohne Rechte ansah, als Untertanen, die keinen politischen Willen haben und sich fügen sollen. Gegen diese Missachtung richtete sich der Maidan: Ukrainer sind auf die Straße gegangen, um die Achtung ihrer Würde und ihrer Rechte einzufordern. In diesem Protest verschränkt sich also der Anspruch des Individuums auf Selbstbestimmung mit der Forderung, als

selbstbestimmter Bürger aktives und respektiertes Mitglied des Gemeinwesens zu sein: Aus dem Objekt von Politik soll das Subjekt werden, aus der Masse eine Zivilgesellschaft. Wenn Untertanen sich befreien und zu Bürgern werden, wollen sie diese Freiheit leben – im Blick auf die eigenen Lebensentscheidungen wie auch als soziale Wesen im Blick auf die (Mit-)Gestaltung ihres gesellschaftlichen Umfeldes, ihres Gemeinwesens. Individuelle Selbstbestimmung und politische Selbstbestimmung gehören konstitutiv zusammen. Insofern ist der Ruf nach individueller Freiheit immer auch ein Ruf nach einer politischen Ordnung, die diese individuelle Freiheit in Form der politischen Mitgestaltung ermöglicht.

Das Streben eines großen Teils der ukrainischen Gesellschaft nach Freiheit, für das der Maidan als Symbol steht, nach „Auto-Nomie“ im Sinn des Wortes, nach Selbstgesetzlichkeit und nach politischer Selbstbestimmung bedeutete für einen großen Teil der ukrainischen Gesellschaft in letzter Konsequenz ein Streben nach der endgültigen Befreiung von der Bevormundung durch die russische Vormacht. Die zweite Revolution nach der „orangenen Revolution“ von 2004 ist als bewusster Bruch der Ukraine mit ihrer gesellschaftlichen und politischen Vergangenheit als Sozialistische Sowjetrepublik in der UdSSR und Teil des Moskauer Einflussgebietes zu verstehen. Aus dem blinden Gehorsam und Konformismus des *homo sovieticus* wollten sich die Demonstranten auf dem Maidan befreien. Diese Selbstbefreiung bedeutete zugleich eine größere Eigenständigkeit gegenüber der Politik des Kreml, insofern dieser genau diese Freiheit nicht zugestehen wollte: Politische Freiheit in der Ukraine interpretiert die derzeitige Führung des Kreml als politischen Virus, der die bestehenden Verhältnisse auch in Russland infrage stellt.

Dieser Kampf um Ablösung aus dem kulturell-politischen Raum Russlands wurde von einem substantiellen Teil der ukrainischen Gesellschaft nicht mitgetragen – nicht nur in der Ost-Ukraine. Die Orthodoxen Kirchen der Ukraine und Russlands sind Teil dieses gesellschaftlichen Richtungskampfes, es geht ein tiefer Riss durch sie: Ursprünglich als kanonische Einheit dem Moskauer Patriarchat unterstellt, sind die Russisch- wie die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Teil des gegenläufigen gesellschaftlichen Orientierungsprozesses. So löst sich die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche in immer größerem Maß von der Russisch-Orthodoxen Kirche und ihrer Anlehnung an Putins „*russkij mir*“-Ideologie ab, in der eine souveräne, freiheitlich orientierte Ukraine keinen Platz hat.

Dieses gleichzeitige Ringen um Freiheit und Autonomie und um Ablösung von oder Verbleib bei Russland hat sowohl den Westen auf den Plan



gerufen als auch den Kreml alarmiert, der seine Pläne einer Eurasischen Zollunion gefährdet sah. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen von USAID über George Soros' Stiftung *Open Society Institute* bis zur Konrad-Adenauer-Stiftung haben vor allem die jungen Akademiker in ihrem Streben nach Freiheit unterstützt und ausgebildet. Angesichts der Proteste im eigenen Land nach der Wahl 2011 hat die russische Führung unter Wladimir Putin dieses westliche Engagement als aktive Einmischung und Bedrohung der eigenen Macht interpretiert, in Russland wie in der reklamierten Einflusszone. Immerhin hat die EU mit ihrem Assoziierungsabkommen der Ukraine auch „einen verstärkten politischen Dialog zur Förderung der schrittweisen Annäherung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen“<sup>1</sup> angeboten. Die Bemühungen um einen NATO-Beitritt der Ukraine wurden seit Präsident Juschtschenkos Initiative von 2005 von Teilen der politischen Führung der Ukraine und den USA betrieben; seit 2008 liegen sie auf Betreiben Deutschlands und Frankreichs auf Eis. Der Kreml hat die Bemühungen als bewusstes Zurückdrängen Russlands aus seiner angestammten Einflusszone interpretiert.

Seit 2014 ist der Kampf um die gesellschaftliche Ordnung und Orientierung in Teilen der Ost-Ukraine militärisch eskaliert. Russland hat die Halbinsel Krim annektiert, der Westen antwortete hierauf mit Sanktionen gegen Russland. Während kaum ernsthaft bestritten wird, dass Russland in diesem politischen Konflikt direkt oder mittels der Separatisten in der Ostukraine militärisch eskaliert, wird darüber gestritten, ob der Westen – USA und EU – auch in der Verantwortung für die Eskalation des politischen Konflikts durch den Aufbau militärischer Kapazitäten steht. Beide Seiten, Russland und der Westen, werfen einander wechselseitig die Schuld hierfür vor. Ein Einfrieren des militärischen Konfliktes in der Ost-Ukraine erscheint derzeit trotz des Minsker Abkommens schon als äußerstes Ziel, das russische *fait accompli* auf der Krim als nicht überwindbar. In der Folge ist die Sicherheit in Europa prekärer geworden, die ökonomischen Sanktionen schaden allen Seiten und ein Ausweg aus dem Konflikt ist nicht wirklich erkennbar. Es besteht die Gefahr weiterer Eskalation.

Der Kampf um die Ukraine hat nicht erst mit der „Orangen Revolution“ 2004 oder dem Euromaidan 2013/4 begonnen. Die Frage, wer oder

---

1 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu u. a., „Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union“, Drucksache 18/1083: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/012/1801221.pdf> [6.9.2016].

was die Ukraine ist und wozu sie gehört, reicht weit in die Geschichte zurück, bzw. in aus der Geschichte zusammengefügte Narrative. So wird in dem gegenwärtigen politischen Streit beispielsweise die Taufe von Fürst Wladimir 988 auf der Krim – die Taufe der „Kiewer Rus“ – als Argument für die Zugehörigkeit der Krim zu Russland angeführt. *Frank Golczewski* zeigt für das Gebiet des heutigen Staates Ukraine auf, wie eine exklusive, politisch motivierte autoritative Interpretation der Geschichte für die politische Auseinandersetzung in Anspruch genommen wird: Aus politischer Intention werden unterschiedliche historische Narrative konstruiert und in der aktuellen politischen Auseinandersetzung als Argument benutzt, um die Ukraine historisch-kulturell und dann auch politisch zu Russland rechnen oder in Abgrenzung dazu als eigene Nation bezeichnen zu können. So versteifen sich sowohl die ukrainische wie die russische Führung auf eine nationalistische Version der Geschichte. „Das historische Narrativ“, so *Frank Golczewski*, „wird dadurch zu einer Waffe in der ‚psychologischen Kriegsführung‘“. So wird in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Ost-Ukraine und die Krim die These in den Raum gestellt, die Ukraine sei Teil der kulturell-religiösen Zivilisation, der „russischen Welt“ (*russkij mir*). *Oleksandr Zabirko* skizziert die Entwicklungsgeschichte des Begriffs „*russkij mir*“, der als Dachbegriff für verschiedene religiös verbrämte großrussische Ideale heute eine wichtige Legitimationsgrundlage darstellt, um im Kampf um die Wiederherstellung des metaphysisch verstandenen Imperiums das Existenzrecht einer ukrainischen Nation und eines souveränen ukrainischen Staates zu bestreiten.

Insbesondere die NATO-Osterweiterung wird in Moskau als Teil einer westlichen Sicherheitspolitik wahrgenommen, die auf Einkreisung des geopolitischen Konkurrenten zielt. *Vladislav Belov* schildert den Kampf um die Ukraine als Reaktion des Kremls hierauf: Seit den 1990er Jahren habe der Westen die russischen (Sicherheits-)Interessen nicht ernst genommen und eine Marginalisierung Russlands betrieben. Präsident Putins Politik in der Krim und der (Ost-)Ukraine müsse als Reaktion auf die verschmähten Bemühungen um Europa verstanden werden. Nun gelte es, zu einer Politik des Dialogs auf Augenhöhe zurückzukehren.

Die Entscheidung, die NATO zur einzig funktionierenden Sicherheitsorganisation auf dem europäischen Kontinent zu machen und zugleich Russland auszuschließen, sieht *August Pradetto* als den entscheidenden Fehler an, den auch der NATO-Russlandrat nicht auffangen konnte: Wechselseitiges Misstrauen statt stärkere Kooperation habe sich seit den 2000-er Jahren in Ost und West durchgesetzt. Insofern Interessengegensätze mit

Russland als Resultat fehlender Demokratisierung der russischen Politik und Gesellschaft interpretiert wurden, war die Systemtransformation im russischen, ja im gesamten früheren sowjetischen Machtbereich der Schlüssel zur Überwindung potentieller Bedrohungen. So wird der Kampf um die Ukraine nicht nur zum Kulminationspunkt der geopolitischen Konfrontation zwischen Ost und West, sondern zugleich auch zur Auseinandersetzung um die innenpolitische Ordnung Russlands.

In den USA gibt es *Peter Rudolf* zufolge aufgrund der geringen ökonomischen Verflechtung keine starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen an kooperativen Beziehungen zu Russland. Zugleich stelle sich die Frage, ob die USA bereit sei, anderen Großmächten wie Russland und China auch eine Einflussphäre zuzugestehen, die im globalen Maßstab eine ordnungsstiftende und friedensbewahrende Funktion haben könnte. Russland und die USA, aber auch die EU such(t)en den gesellschaftspolitischen Richtungskampf auf ukrainischen Boden um eines strategischen Vorteils in der Auseinandersetzung mit dem als Kontrahent interpretierten Gegenüber. Ein kooperativer politischer Ansatz, der die Interessen der Ukrainer berücksichtigt und von den externen Akteuren als Gewinn gesehen werden kann, kommt in dieser Konstellation nicht vor. Dies verweist auf die weitergehende Frage, ob das *Momentum* einer kooperativen Lösung verpasst wurde oder ob der Antagonismus ‚naturegeben‘ und unüberwindbar in den gesellschaftspolitischen Wurzeln des Konfliktes liegt: dem Kampf um individuelle und politische Autonomie.

In die oben geschilderte Konstellation reihen sich die Nachbarn der Ukraine ein und verstärken den Antagonismus. So wurde der (Euro-)Maidan in den baltischen Staaten und Weißrussland als Sinnbild für den Kampf um Subjektivität, autonomes Handeln und das Recht auf Selbstbestimmung wahrgenommen. Die Reaktion des Kremls auf die ukrainische Revolution habe man als – auch nach innen gerichtete – Botschaft verstanden, dass das Streben nach individueller Autonomie und politischer Selbstbestimmung zu Destabilisierung führe und damit letztlich staatliche Souveränität unterminiere, konstatiert *Felix Ackermann*. In Weißrussland habe dies unmittelbar zur Stabilisierung des autokratischen Regimes von Lukaschenko beigetragen. In Litauen verstärkt diese Politik des Kremls die strikte Westbindung an EU und NATO, die als Absicherung der politischen und gesellschaftlichen Freiheit verstanden wird.

Die polnische Politik baut *Marek Cichocki* zufolge nach dem Ende des Kalten Krieges auf den institutionalisierten Multilateralismus beispielsweise der UN; er kommt in der fortschreitenden Interdependenz der Staaten und

in der Anerkennung grundlegender Normen des internationalen Rechts zum Ausdruck. Skeptisch auch gegenüber jüngeren westlichen Überdehnungen des Völkerrechts, interpretiert Warschau die russische Politik gegenüber der Ukraine als Aufkündigung dieser multilateralen Basis und Rückkehr des Kremls zur Machtpolitik, die noch nicht an ihr Ende gekommen ist und nur durch entsprechende Gegenmacht aufgehalten werden könne.

Aus dem politischen Willen und besonderen Einsatz einiger europäischer Akteure wie der Regierungen Deutschlands und Frankreichs, des Schweizer OSZE-Vorsitzes sowie des damaligen US-Außenministers John Kerry ist das Minsker Protokoll (Minsk I & II) hervorgegangen, mit dem der militärische Konflikt beendet und die Differenzen auf der politischen Ebene verhandelt werden sollten. Zentrales Instrument ist die *Special Monitoring Mission* der OSZE (SMM) mit bis zu 1.000 zivilen Beobachtern. Sie soll mit prinzipieller Zustimmung aller Konfliktparteien die Implementierung der Minsker Vereinbarung überwachen. Mit dieser Mission hat die OSZE neue Bedeutung erhalten. *Wolfgang Zellner* rekonstruiert den politischen Mechanismus, der zu dieser besonderen OSZE-Mission geführt hat. Die *Special Monitoring Mission* der OSZE hat ungeachtet aller Schwierigkeiten der Öffentlichkeit ein objektives Lagebild der Verletzungen des Waffenstillstandes geliefert. Zellners Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass die politischen Kernkonflikte nach wie vor ungelöst sind: Die Ukraine scheint keine Lokalwahlen in den von den russischen Separatisten gehaltenen Gebieten Donezk und Luhansk zulassen zu wollen. Damit liefert die Ukraine Russland und den russischen Separatisten das Argument, die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über seine Landesgrenze zu Russland zu unterbinden. Es droht ein eingefrorener Konflikt, der jederzeit wieder aktiviert werden kann.

Während die OSZE durch den Ukraine-Konflikt neue Relevanz bekommen hat, sind ihre Grenzen deutlich zutage getreten. Als Organisation mit geringer Autonomie kann sie nicht von sich aus aktiv werden, sondern braucht den Konsens der Mitgliedsstaaten. Konflikte eindämmen und das Eskalationsniveau dämpfen gehört nach *Zellner* zu ihren Stärken, allerdings braucht es für die Überwindung des Konfliktes den politischen Willen der Konfliktparteien.

*Stefan Oeter* wendet sich der Frage zu, wie der völkerrechtswidrige Zustand in der Ostukraine und der Krim überwunden werden kann. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist eine differenzierte Analyse der Machtübernahme in der Ost-Ukraine und der Annexion der Krim, mit der er die Völkerrechtsverstöße offenlegt. Mit den Minsker Abkommen dulde die Staatengemeinschaft zumindest stillschweigend die russische Lesart der

militärischen Auseinandersetzung in der Ost-Ukraine als einen innerstaatlichen Konflikt. Die Machtübernahme auf und Annexion der Krim benenne sie jedoch als gravierenden Völkerrechtsverstoß, dem die unbedingte Pflicht zur Nichtanerkennung zu folgen habe. Weil eine Rückabwicklung politisch kaum vorstellbar sei, brauche es andere, kreative Wege, um eine Rückkehr zu einem völkerrechtskonformen Zustand zu erreichen. *Stefan Oeter* bringt hierzu einen Sonderstatus als autonome Gebiete ins Gespräch, getragen durch ein Kondominium Russlands und der Ukraine, der die beiderseitigen Interessen sowie den Minderheitenschutz zu berücksichtigen hätte.

Russland und der Westen haben völlig unterschiedliche Vorstellungen von einer europäischen Sicherheitsordnung. Die Anerkennung der Staaten als ‚souveräne Gleiche‘ mit allen Konsequenzen macht die Grundprinzipien der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris (1990) als Basis friedlicher Kooperation aus. Auf diesen Prinzipien ruht die europäische Sicherheitsordnung, in der mittel- und osteuropäische Staaten nach 1990 ihre politische Selbstbestimmung zu realisieren und abzusichern suchten. Russland könne sich dagegen offenbar nicht vorstellen, sich diesen Prinzipien und Institutionen zu unterwerfen, so *Jana Puglierin*, sondern suche seine Sicherheit in einer Einflusszone in Analogie zur Großmachtspolitik des 19. Jahrhunderts. Politische Selbstbestimmung, wie sie auf dem Maidan eingefordert wurde, ist mit einer Sicherheitspolitik via Einflusszonen nicht vereinbar. Die bisherige Russlandpolitik der EU-Staaten, durch enge Zusammenarbeit zu einer Annäherung an Russland zu gelangen, sei daher gescheitert. Diesem neu aufgebrochenen Konflikt über die Grundprinzipien der europäischen Sicherheitsordnung muss sich der Westen stellen.

Einen Konflikt in seinen vielfältigen Dimensionen nicht angemessen zu erfassen, führt unweigerlich zu konzeptionellen Fehlern in der Suche nach einem angemessenen Umgang mit ihm. Der vorliegende Band will den politisch-ethischen Kern des Kampfes um die Ukraine, des Kampfes um Selbstbestimmung und der Instrumentalisierung durch (geo)politische Interessen herausarbeiten; auf diese Weise soll ein Beitrag zur Lösung geleistet werden. Diese Publikation geht auf eine Tagung des *Instituts für Theologie und Frieden* in Kooperation mit der *Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde* (DGO) zurück. Die meisten Beiträge spiegeln den Sachstand von Anfang 2017 wider, dem Zeitpunkt ihrer Fertigstellung. *Renovabis*, der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken, danken wir für die finanzielle Unterstützung des Tagungsprojektes.

Heinz-Gerhard Justenhoven



I.

Ringen um individuelle und politische  
Selbstbestimmung





# Ukrainian National Identity in Transition: Geopolitics and Values

*Maryana Hnyp*

Turbulent events in Ukraine, which began in late 2013 on Maidan Square in Kyiv, have sparked a catastrophic humanitarian crisis, causing serious concern for the integrity of the country itself and to the neighboring countries' foreign and security policies. The conflict carries major and long-lasting consequences not only for the geographical, political, national, social, cultural and religious transformation of Russia and Ukraine, but also a profound shift in the methodology of international relations. To put it in the words of NATO's deputy secretary general Alexander Vershbow at his speech at the Nobel Institute in Oslo, "Russia's aggression against Ukraine is not an isolated incident, but a game-changer in European security."<sup>1</sup>

One of Russia's recent projects – a creation of a so called 'Novorossiia' (New Russia) – aimed to gain more of the eastern-southern Ukrainian territories. This would allow Vladimir Putin's Russia not just to dominate the entire Black Sea northern littoral but also to expand its territory to the borders of Moldova and Romania. The Ukrainian peoples' reaction to this plan, including in the stormy months of armed violence in Kyiv, Russia's annexation of Crimea and anti-terrorist battles in the east of Ukraine – what became known as 'the Ukrainian crisis' and which now is more frequently regarded as the Russian-Ukrainian war, is often seen as the third attempt since Ukraine's Independence in 1991 and the Orange Revolution of 2004 to overcome post-Soviet authoritarian structures in the country.

This contribution offers a hermeneutical analysis of the internal socio-ecclesial, political and religious aspects of the conflict. It covers a transition in the Ukrainian people's self-perception during the last few years, expressed particularly in the Euromaidan uprising or 'Revolution of Dignity.' I situate the legacy of the Ukrainian-Russian political discord within a larger context of the religious diversity in contemporary Ukraine, offer an examination of the role that the Church and non-Christian religious

---

1 [http://www.nato.int/cps/en/natohq/news\\_117068.htm](http://www.nato.int/cps/en/natohq/news_117068.htm) (access on 4/09/2015).

communities played in the national transformation of the Ukrainian identity, and, lastly, attempt to explore the complex interplay between two phenomena: ‘Orthodox politics’ and ‘political Orthodoxy.’

*1. A quick look into the past. Legacy of the Russian-Ukrainian Discord*

The events of the past years in Ukraine have developed into an unprecedented and very complex multifaceted phenomenon, which appears incomprehensible at the first glance. There have been many attempts, both from the inside participants and the outside observers, to analyze this phenomenon by using the familiar methodologies and political vocabulary, such as pro-European movement, anti-Soviet autocracy uprising, national(istic) liberation movement etc. However, it is rarely possible to solve new issues by using old methods. More nuanced analytical language and explanatory models are still lacking to fairly describe the birth of a new civil society in Ukraine. In order to better understand the roots of the Ukrainian Revolution of Dignity and the subsequent turmoil in the Eastern and Southern regions of Ukraine, one needs to make a precise distinction between, on the one hand, the existing problems of the different political attitudes toward “the West” and “the East” and, on the other hand, intentionally imposed propagandistic clichés regarding ‘unbridgeable’ internal “East-West” divisions.

The past 25 years in Ukraine have been wrought with both hopes and disappointments. This began with national independence, endorsed by 90% of the citizens in 1991 but which was eventually compromised by the predatory elite. This culminated in the 2004 Orange Revolution that also did not live up to the high expectations preceding it. The 2010 election of Viktor Yanukovich only changed things from bad to worse. Quickly the narrow circle of the president’s allies nicknamed “The Family” usurped all power, accumulated enormous resources via corruption schemes, destroyed the court system, encroached on civil liberties and violated human rights. To give an idea of the extent of the embezzlement, since 2010, cash flows out of Ukraine are estimated by the Prosecutor General’s office to be nearly \$100 billion.<sup>2</sup> This is an example of the hypocrisy of the ruling elite who claim to be pro-European and anti-corruption.

---

2 [http://mobile.reuters.com/article/idUSBREA3T0K82014\\_0430?irpc=932](http://mobile.reuters.com/article/idUSBREA3T0K82014_0430?irpc=932).

The dire results of this elite rule became evident not only in the economic stagnation and the virtual collapse of the financial system under the burden of international and domestic debts, but also in Ukraine's dramatic downgrading in various international ratings, and its relegation from a "Free" to a "Partly Free" country in the Freedom House rankings. However, probably the most damaging consequence of the misrule is the complete distrust of the Ukrainian citizens in every single state institution. By the end of 2013, only 2% of respondents fully trusted Ukrainian courts (40% declared they had no trust in them at all), 3% trusted the police, the prosecutor's office, and parliament, and 5% trusted the government. The only institutions with a positive balance of trust/distrust appeared to be the churches, NGO's and the mass media.

Viktor Yanukovich's decision to not sign the Association Agreement was an explosive moment of truth. In fact, the Maidan uprising meant a confrontation of two diametrically opposed worlds, two political systems and sets of values: the "Europe" embodied by the EU and the "Eurasia" embodied by Putin's Russia.

On 25 May 2014, Petro Poroshenko was elected president of Ukraine. The election of the millionaire "Chocolate King" was unsurprising. What came as a surprise, however, was the fact that for the first time the election of the president of Ukraine was achieved in one round of voting. With 23 candidates running, Petro Poroshenko got 56% of the vote, according to exit polls, clearing the 50% threshold to win outright without a second round.<sup>3</sup> Ukraine finally elected a head of state whose legitimacy was rooted in democratic processes.

This resounding victory was an expression of the Ukrainian people's hopes for an end of the power vacuum at the top of their state's political system after months of accelerating violence. The task of the president-elect, which was simplistically summarized in five words: 'to stop the 'Ukrainian crisis' pursued an ambitious yet urgently needed agenda: to stabilize the situation on the eastern part of the country; do away with corruption; and

---

3 Shaun Walker, *Petro Poroshenko wins Ukraine presidency, according to exit polls*, in *The Guardian* (from May 25, 2014) at <http://www.theguardian.com/world/2014/may/25/petro-poroshenko-ukraine-president-wins-election> (retrieved on July 24, 2014); Two „nationalist“ candidates Tyahnybok and Yarosh got less than 2,5% taken together and each less than a Jewish candidate Rabinovich (2,2%); 500,000+ Ukrainians are said to have voted abroad (most of them had to travel hundreds of km), which is so far the highest turnout of Ukrainian diaspora.

move ahead with painful economic reforms. Despite the *de facto* frozen conflict in the east of the country, political life in Ukraine became relatively more stable in 2015. Freedom House reports some progress on the huge range of reforms Ukraine requires to become a fully democratic state based on the rule of law.<sup>4</sup> The position of President Poroshenko was strengthened in part due to the weakness of his rivals; while public confidence in him decreased, he still enjoyed the highest approval ratings of Ukraine's top politicians.<sup>5</sup>

For Europe, however, as the British scholar of Ukrainian studies, Rory Finnin, argues, Ukraine remains largely a *terra malecognita*: a diverse, complex, understudied and often badly understood country.<sup>6</sup> The contemporary language of Europe's interests towards the post-Soviet countries, Ukraine in particular, shifted to become predominantly (if not exclusively) a discourse on geopolitics, business, economics, national policy and military defense. Yet, in my opinion, there can be (and should be) much more on this agenda – as Euromaidan, for instance, demonstrated that there is a language of values and personal and civic dignity which remains central to the democratic transformation of this country and sets a tone for its relationships with other states.

Ending the Russian-Ukrainian war became a test to the United States and European leadership of this generation. Some suggest that countering Russian aggression needs to be done by imposing even stricter economic sanctions and a more effective presence of the Western communities, while others claim that it is better for the international community to stand aside this complex matter, as it should be resolved solely between Russia and Ukraine.

As for Ukrainian society itself, the armed conflict became a turning point in the development of a national and civic identity. The 'Revolution of Dignity' gave rise to a new civil society which had been missing for many years in the post-Soviet countries. It was a rebirth of the society itself, based on basic principles of rule of law, human dignity, protection

---

4 <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2016/ukraine>

5 “На президентських виборах Порошенко знову переміг би Тимошенко” [At presidential elections Poroshenko would win again over Tymoshenko], *Dzerkalo Tyzhnya*, 16 October 2015, [http://dt.ua/POLITICS/na-prezidentskih-viborah-poroshenko-znovu-peremig-bi-timoshenko-188178\\_.html](http://dt.ua/POLITICS/na-prezidentskih-viborah-poroshenko-znovu-peremig-bi-timoshenko-188178_.html)

6 Finnin, R., *Ukraine: Europe's Terra Malecognita*, at [http://www.huffingtonpost.co.uk/dr-rory-finnin/ukraine-europes-terra-malecognita\\_b\\_1653469.html](http://www.huffingtonpost.co.uk/dr-rory-finnin/ukraine-europes-terra-malecognita_b_1653469.html)

of human rights and strong civic and religious values. And although the society will still need many years to be educated, to develop and to reinforce itself, it has already become the society of a newly transformed nation.

## *2. Ukraine on the Map of Values*

The people's uprising, which began on Kyiv's Maidan Square and continues in its various forms up until today, is certainly more about a growing people's movement than plain political expression. The Maidan started as a protest against the destruction of the dignity of the Ukrainian people operated by a power that tried to solve the problem of security with strength. It was the people's reaction against the general atmosphere of fear and intimidation, against wanton corruption and oppression in the country. Unlike a Bolshevik-style revolution of marginals, lumpens or social outcasts, the Maidan Uprising was carried out primarily by educated people: the middle class, students, professionals, and businessmen. According to sociological surveys, nearly two thirds of the Maidan protesters were people with higher education.<sup>7</sup> As such, the Maidan was neither a "nationalistic mutiny" nor "election technologies" applied by the opposition, as Viktor Yanukovich and his Kremlin patrons claimed. Rather, it was a classical social revolution, an attempt to complete the unfinished business of the 1989 East European anti-authoritarian and anti-colonial uprisings. It was clearly a bottom-up movement with the citizens at its core, striving to (re-)gain the power of the powerless and aiming at civil self-empowerment. In a number of ways this event resembles the 1968 democratic revolutions that spread in Europe and across the globe introducing a radically new, non-materialistic agenda.

A strong desire of the Ukrainians to keep it as citizens' movement without involving political forces testified, on one hand, to the distrust of the political class that characterized the country at that time, and on the other, to a certain independence from the imposition of any external political agendas on the protestors. Maidan brought in a new way of thinking about the relationship between the citizens and the state based on the accountability of politicians towards voters, the interplay of national and religious identity, and the shift from powerlessness of the inherited past of

---

7 <http://dif.org.ua/ua/events/vid-ma-zminilosj.htm>.

the country to people's self-empowerment to be able to design its future for next generation rooted in freedom and democracy.

And so, as an embodied expression of the Ukrainian people's affirmation of the right to self-determination, the Revolution of Dignity was much more than just a regime change. Neither the national matters, which are often reduced to the questions of geopolitics, language or historical memory, nor the desire to become a member state of the European Union were central to the Ukrainian Euromaidan. The Revolution embodied the understanding of the universality and urgency of social transformation with a particular emphasis on the attitude of active co-responsibility, and thus pushed against the Soviet legacy of blind obedience and conformism. At the heart of the people's uprising was the shift – or rather the revolution – of values.

The mapping of the Ukrainian value system, performed by the World Value Surveys, confirmed that the profound shift in values in the country in three waves, although slow and sometimes incoherent was nonetheless persistent and probably irreversible. The surveys reflected, on the one hand the predominance of 'secular-rational values' versus 'traditional values'; and, on the other hand, they identified the country's shift from the process of modernization and industrialization characterized by the so-called 'survival values' to a move towards the post-industrial (service) development model with its roots in the values of 'self-expression'.<sup>8</sup> The two waves of data collection also revealed that in the last two decades Russia remained within the former industrial socio-economic model, while Ukraine made a noticeable transition to the latter post-industrial one. Based on the comparative data analysis of the cases of Ukraine and Russia, the designers of the World Value Surveys, Christian Welzel and Ronald Inglehart, made an important claim that the societies leaning toward 'self-expression' values have a lower chance of accommodating and/or sustaining the authoritative power.<sup>9</sup> According to Yaroslav Hrytsak, herein lies the major drama of the Ukrainian–Russian relationship: while 'Ukrainians of Euromaidan are preoccupied with modernization and values, Putin's Russia worries about security and identities'.<sup>10</sup> If these observations are true and a gradual shift from materialist to post-materialist values is a reality in Ukraine,

---

8 R. Inglehardt; Ch. Welzel, *Changing Mass Priorities: The Link Between Modernization and Democracy*, in: *Perspectives on Politics*, June 8, no. 2 (2010), p. 555.

9 Cf. Ch. Welzel, R. Inglehart. *The Role of Ordinary People in Democratization*, in *Journal of Democracy* (2008), pp. 126–140.

10 Y. Hrytsak, *Ignorance Is Power*, in *Ab Imperio*, 3/2014, pp. 218–228, p. 225.

any attempt to install a fully-fledged authoritarian regime in Ukraine was doomed from the very beginning.<sup>11</sup>

The studies of the values transition processes indicate that Ukraine is indeed divided. However, they also mark a profound break away from the linguistic, religious or historical memories divides. Meanwhile, the new divides across age, class and education, which in 2013 split the country more profoundly, tend to be largely overlooked. However, if they continued to be overlooked, it becomes very difficult to understand what brought Maidan on the first place and why it was significantly more than just civilian dissatisfaction with the issue of the non-signing of the Association Agreement with the European Union.

This is most noticeable in the correlation of the attitudes of different age groups with various value-charged issues. The 2013 national value survey<sup>12</sup> reveals a strong link between the age, class and education of respondents and their attitude toward some fundamental issues such as “democracy versus a ‘strong hand’,” “freedom of speech vs. censorship,” “a planned economy vs. the free market,” and, the most general issue, “lamenting/not lamenting the demise of the Soviet Union.” The data also reveals that ethnic Russians are much more prone to long for the Soviet Union than ethnic Ukrainians. The reason is rather simple: for Russians and Russophiles it was much easier to internalize the Soviet ideology as “ours” than for their Ukrainian counterparts who strove to preserve their cultural identity.

The fundamental differences in political orientations of Ukrainians lie not in languages or cultures, but rather in political traditions that have historical origins. It is high time now to get rid of propagandistic stereotypes and to re-conceptualize Ukrainian cleavages as primarily ideological rather than ethnic or regional. There are two political nations with different values and development vectors that cohabit in the same state – Eurasian and European. The nation of paternalistic subjects and of emancipated citizens that bear the same name but are fundamentally divided by the very idea of what Ukraine is and should be.

---

11 The WVS Cultural Map of the World; [http://www.worldvaluessurvey.org/wvs/articles/folder\\_published/article\\_base\\_54](http://www.worldvaluessurvey.org/wvs/articles/folder_published/article_base_54)

12 Sociological group ‘Reityng [Rating], Кілька тез про ціннісні орієнтири українців [A few theses about value orientation of the Ukrainians], in [http://www.ratinggroup.com.ua/upload/files/RG\\_Orientyry\\_052013.pdf](http://www.ratinggroup.com.ua/upload/files/RG_Orientyry_052013.pdf), May (2013), p. 8, 11, 14, 18 (retrieved on 31/07/2016).

### 3. *Religious Diversity and Awakening of the Ecclesial Solidarity in Ukraine*

The social transformations that have been taking place in Ukraine have also greatly affected inter-church relations. They brought the complexity of the confessional and religious situation in Ukraine to the forefront of the discourse as well as some serious questions, which churches have tried to answer in the past 25 years of the country's independence. In this particularly uneasy period the churches undertook one of the most important tasks: to identify a socio-political ideology in order to unite the country or, at least, to avoid splitting it any further.

Characteristically for Ukrainian society churches play a pivotal role in the re-discovery of the value of national and religious identity as well as the nature of the church itself as a particular form of social life. Churches carry the responsibility for solid social formation. As the Revolution of Dignity was not solely a secular event but intrinsically religious, any interpretation of it that does not take the role of religion into serious consideration would be incomplete. The question about what role, if any, churches should play in the international political conflict between Ukraine and Russia seems to have captured the attention of many intellectuals yet still remains a marginal area in comparison to other research interests. Especially now, when the post-Euromaidan Ukraine is experiencing the dramatic anthropological metamorphosis from *homo Sovieticus* to *homo Maidanus*, the role of religions and churches is indispensable. While discussing the responsibility of the churches in the (trans)formation of civil society and the protection of fundamental human rights, some even made an attempt to initiate a 'Revolution of Dignity Theology'. Instead, the Orthodox Church of Moscow Patriarchate claimed that taking part (or sides) in this revolutionary movement is sinful and should be condemned.

According to the current Constitution of Ukraine, churches are separated from the state (§35),<sup>13</sup> yet they are not separated from the society. Since the Maidan, the continuous presence of priests, prayer and an unprecedented level of cooperation between various Christian denominations as well as non-Christian religious communities have shaped the revolution as a spiritual and moral event, not just as a political one. The active role of the churches became the unique formative element of a rebirth of the religious and national consciousness of the Ukrainian people.

---

13 Constitution of Ukraine, <http://www.refworld.org/pd/44a280124.pdf>